



Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey und Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel bei der Unterzeichnung des Wohnungsbündnisses Berlin



Foto: Justin Sudbrak

Liebe Leserinnen und Leser, auch dieser frischgebackenen Ausgabe der TS aktuell ist es ein Anliegen, Sie über die wichtigsten politischen Themen in Tempelhof-Schöneberg zu informieren, politische Positionen zu erklären und Klartext zu sprechen über die Vorhaben im Bezirk.

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema bezahlbares Wohnen durch diese Ausgabe. Die Mieten- und Wohnungspolitik bleibt auch in Zeiten anderer Krisen das drängendste Anliegen der Menschen – wir berichten dazu aus Bundestag und Abgeordnetenhaus bis hin zur Bezirkspolitik.

Hoffnungsfroh stimmt, dass es aus dem Bezirk gute Nachrichten gibt: Ein Ende der Jugendverkehrsschule ist vorerst abgewendet, der Volkspark Mariendorf wird saniert und lädt danach umso mehr zum Verweilen ein. Konkrete Fortschritte berichten wir zu den Bibliotheken in Berlin, die als Orte der Begegnung wichtiger denn je sind. Und vielleicht – so will es die SPD-Fraktion im Bezirk – feiern wir künftig die Maientage auf dem Tempelhofer Feld.

Grund genug also, bei allen Krisen auch positiv in die Zukunft zu blicken und natürlich wie immer diese Zeitung zum Anlass zu nehmen, Ihre Meinung zu sagen und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ihre
**Wiebke Neumann
und Lars Rauchfuß**

Kreisvorsitzende
SPD Tempelhof-Schöneberg

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Die SPD gibt Antworten auf die wichtige Frage des bezahlbaren Wohnens in Neubau und Bestand

Von Claudia Kintscher

Das Wohnen ist die große soziale Frage unserer Zeit: Ein Zuhause zu haben, wo man sich wohlfühlt, Kraft tanken kann und Geborgenheit spürt. Die eigene Wohnung ist der Mittelpunkt des Lebens.

Seit den vergangenen Wahlen haben wieder Sozialdemokrat:innen Verantwortung für die Wohnungspolitik in Bund und Land übernommen. Es ist unsere Aufgabe, Verdrängung und überbordenden Mietpreissteigerungen entgegenzuwirken sowie funktionierende Nachbarschaften sicherzu-

stellen. Wir haben die vielen Berlinerinnen und Berliner im Blick, die sich Sorgen um die Sicherheit ihres bezahlbaren Wohnraums machen. Mit Ulker Radziwill haben wir deshalb auch erstmals eine Staatssekretärin für Mieterschutz und Quartiersentwicklung eingesetzt. Diese Entscheidung macht deutlich, was uns wichtig ist: Neubau und Bestandsschutz für Mieterinnen und Mieter. „Wir wollen die Menschen in ihren Wohnungen schützen. Niemand soll Angst vor Verdrängung haben“, so Radziwill.

Pro Jahr wollen wir 20.000 neue Wohnungen bauen, 100.000 bis zum Jahr 2026. An diesem Ziel werden wir trotz aktuell widriger Umstände festhalten. Damit dies gelingt, müssen alle am Wohnungsbau Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten. Dafür haben wir das „Bündnis für Wohnungsbau und

bezahlbares Wohnen“ auf den Weg gebracht. Denn allen ist klar: Keiner löst die Neubaufgabe allein. Das geht nur gemeinsam mit einem stadtweiten Kraftakt. Mit der ebenfalls neu gegründeten Senatskommission Wohnungsbau werden zügig Hürden und Hemmnisse bei großen Bauvorhaben aus dem Weg geräumt und Streitfragen entschieden. Dabei sollen die Entscheidungen immer mit Blick auf das Wohl der gesamten Stadt erfolgen.

DREI SCHLÜSSEL ZUM BEZAHLBAREN WOHNEN

„Berlin geht voran“ betont Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin und Landesvorsitzende der Berliner SPD. „Mit unserem Wohnungsbündnis gehen wir das an, was wir auf Landesebene für die Berlinerinnen und Berliner erreichen können. Drei Schlüssel sor-

gen für mehr Zugang und Schutz insbesondere für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen – im Neubaubereich, bei der Neuvermietung von Wohnungen und bei der Mietenentwicklung im Bestand. Wir haben sehr ambitionierte Ziele vereinbart, um die Berliner Mischung in lebenswerten Stadtquartieren zu erhalten.“

Auch Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, will ganz konkret etwas für die Menschen in Berlin bewegen: „Mein Ziel ist es, den Wohnungsmarkt zu entspannen und Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt zu schützen. Das geht durch schnellen Bau bezahlbarer Wohnungen und die Begrenzung der Mietbelastung – vor allem für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.“

Mehr zum Thema >> S. 3/4/5

MIETENSTEUER UND MARKTZUGANGSBESCHRÄNKUNGEN

Kreativ für mehr Mieter:innenschutz

Wer in Berlin eine Wohnung sucht, beißt auf Granit. Der Markt bietet zu wenig Wohnraum, und die Mieten sind hoch. Deshalb sind der Neubau und der Mieter:innenschutz immer noch Top-Thema in der Stadt.

Das Land hat inzwischen alle zur Verfügung stehenden Instrumente für den Mieter:innenschutz genutzt und sogar den „Mietendeckel“ ausprobiert, den das Verfassungsgericht wegen fehlender Landeskompetenz kassiert hat. Im Abgeordnetenhaus bemühen wir uns, kreative, neue Maßnahmen in den Blick zu nehmen, um die Mieten zu dämpfen, darunter das Konzept einer sogenannten „Mieten-

steuer“ oder die Einführung von Marktzugangsbeschränkungen. Beides mit dem Ziel, überhöhte Mieten abzuschöpfen oder wuchernde Vermieter:innen gleich ganz aus dem Markt rauszuhalten.

Einfacher wäre es, wenn der Bund seiner Verantwortung nachkäme und eine wirksame Mietpreisbremse einführen oder den Ländern eine Regelungskompetenz zuerkennen würde. Beides scheitert an der FDP. Bleibt der Bund untätig, könnte in Berlin die per erfolgreichem Volksentscheid geforderte Vergesellschaftung das letzte verbleibende Mittel zum Schutz der Mieter:innen sein.

Lars Rauchfuß, MdB



Mieter:innenschutz steht für uns an erster Stelle. Foto: Privat

MELANIE KÜHNEMANN-GRUNOW:

Bibliotheken stärken

Bibliotheken fördern nicht nur die Leselust, sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Erwerb von Informations- und Medienkompetenz.

Neben der Funktion als Wissensspeicher und Ort des Lesens und Lernens sind die Bibliotheken ein gesellschaftlicher Knotenpunkt für Begegnung, Austausch und aktive Community-Arbeit.

Berlins Bibliotheken sind eine wichtige Kulturinfrastruktur – hier findet man neben der Tageszeitung einen Internetzugang, Beratung und Unterstützung vom Fachpersonal und kann im besten Fall noch einen Kaffee trinken. Eine gute Bibliothek ist ein Ort, an dem

man sich wohlfühlt und gerne Zeit verbringt. Aus gutem Grund erfreuen sich die Berliner Bibliotheken einer hohen Anerkennung.

Der Berliner Bibliotheksentwicklungsplan, in der vergangenen Legislaturperiode von der SPD-geführten Koalition in Auftrag gegeben, gibt einen guten Überblick über den Stellenwert, den die 80 öffentlichen Bibliotheken für die Berlinerinnen und Berliner haben. Und er gibt eine erste Orientierung im Hinblick auf Standards und Bedarfe – wie Personalausstattung oder Medienetat –, die eine moderne Bibliotheksversorgung benötigt.

Fortsetzung >> Seite 8

FREIE FAHRT

Das Engagement hat sich gelohnt: Die Jugendverkehrsschule bleibt bis zum kommenden Sommer am Sachsenamm. Eine Kündigung durch die Familie Krieger, Eigentümerin des Grundstücks und des benachbarten Möbelhauses, die hier ein Hochhaus plant, ist vorerst vom Tisch. Angelika Schöttler (SPD), stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Stadtentwicklung, begrüßt den Aufschub: „So kann die Jugendverkehrsschule ihre wichtige Arbeit in der Verkehrserziehung der Kinder fortsetzen.“ Mehr als 1.000 Schülerinnen und Schüler aus 21 Grundschulen nutzen jährlich die Verkehrsschule und üben u. a. für die Fahrradprüfungen. Der Bezirk sucht jetzt ein Ersatzgrundstück.

MAIENTAGE RETTEN

Das größte Berliner Parkfest – die Maientage – ist Vergnügungs- und Begegnungsort für Menschen aus ganz Berlin. Durch die anstehende Instandsetzung und Renaturierung der Hasenheide braucht das Volksfest jetzt einen alternativen Veranstaltungsort. Die SPD-Fraktion im Bezirk setzt sich dafür ein, dass gemeinsam mit dem Bezirksamt Neukölln das Tempelhofer Feld als Option geprüft wird. Echte Nachbarschaftshilfe über Bezirksgrenzen hinweg.

Die Neuen für Tempelhof-Schöneberg

Erst Sporthalle
Schöneberg, dann
Willy-Brandt-Saal,
endlich der BVV-Saal

Von Corinna Volkmann
SPD-Bezirksverordnete in TS

Pandemiebedingt konnte erst die letzte Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vor den Ferientagen, wo sie hingehört. Es braucht eben Zeit, bis man ankommt.

Den „Neuen“ Noah Triller, Ayten Dogan und Jürgen Swobodzinski ging es ähnlich. Doch die Möglichkeit, den Bezirk zu gestalten und dabei mitzubestimmen, treibt sie an. „Mir ist wichtig, dass junge Menschen in der BVV sind: So wird anderen jungen Menschen klar, dass Kommunalpolitik von ihnen mitgestaltet werden kann und sollte“, beschreibt Triller, jüngster Bezirksverordneter, seine Motivation.

Jürgen Swobodzinski hatte zunächst das Gefühl, dass die Jusos eine eigene Gruppe bilden, meint jetzt aber dazu: „Das ist nicht schlecht, sie bringen auf diese Weise Vieles ein.“ Er will sich für die Grünanlagen und Teiche, die ihm am Herzen liegen, und den ÖPNV in den Randbezirken stark machen. „Ich machte als Betriebsrat die Erfahrung, für Menschen da zu sein, die Hilfe benötigen. Eine gute Voraussetzung für diese



Die „Neuen“ in der BVV: Jürgen Swobodzinski, Ayten Dogan und Noah Triller

Fotos/Montage: Justin Sudbrak

Arbeit“, sagt er. Ayten Dogan helfen Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit und fachliche Expertise im Bereich Soziales, Jugend, Integration und Schulpolitik. Sie freut sich über ihre Ausschüsse: „Ich habe vertraute Themen wie Teilhabe und Schulpolitik und neue Themen wie Kultur und Grünflächen bekommen.“ Noah Triller ist mit den Ausschüssen Jugendhilfe, Schule und Frauen, Queer & Inklusion sehr zufrieden: „Das sind Themen, die mir wichtig sind und sich gut ergänzen, was die Arbeit erleichtert.“ Er machte

vor nicht allzu langer Zeit im Bezirk Abitur. Probleme, die im Schulausschuss diskutiert und die das Kinder- und Jugendparlament einbringt, sind noch nah an seiner Lebensrealität.

Die neuen Bezirksverordneten sind auch in der Fraktion gut angekommen. Sie schätzen die Unterstützung der erfahrenen Fraktionsmitglieder. „Da gibt es nichts zu klagen, auf Fragen gibt es immer eine Antwort“, sagt Jürgen Swobodzinski. Noah Triller findet auch die anderen Neuen wichtig: „Sie haben einen frischen Blick, der

noch nicht voreingenommen ist, und es hilft zu wissen, dass man nicht als einziger neu und zunächst etwas überfordert ist.“ Ayten Dogan ergänzt: „Durch die aus einem Erfahrenem und einer Neuen gebildeten Tandems in der Fraktion ist man sehr gut aufgehoben.“

Wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit dem Zählgemeinschaftspartner, den Grünen. Die Neuen empfinden den Austausch als reibungslos und auf Augenhöhe. Allerbeste Voraussetzungen für die noch über vier Jahre dauernde Wahlperiode.

Kurt Hiller – ein früherer Kämpfer gegen den § 175

Vor 50 Jahren starb der Schriftsteller, Pazifist und Vorreiter der Schwulenbewegung

1885 als Sohn eines Krawattenfabrikanten in der Berliner Wilhelmstraße geboren, galt er nach dem Studium der Rechtswissenschaften und der Philosophie als kämpferischer politischer Schriftsteller und promovierte mit dem damals provokanten Thema „Die kriminalistische Bedeutung des Selbstmords“. 1909 gründete er mit anderen den Literaturverein „Neuer Club“ und die Zeitschrift „Die Aktion“, in denen junge expressionistische Berliner Dichter wie z. B. Gottfried Benn mit ihrer Prosa erschienen.

Damals wohnte er in der Schöneberger Nollendorfstraße 34.

1921 übersiedelte er in die Friedenauer Hähnelstraße 9, wo eine Gedenktafel an ihn erinnert.

Der breiten Öffentlichkeit wurde er durch sein Engagement gegen den Paragraphen 175 mit zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften bekannt, das in dem Buch „§ 175: die Schmach des Jahrhunderts“ gipfelte. Er war einer der wichtigsten intellektuellen Vertreter der Schwulenbewegung im Kaiserreich und der Weimarer Republik.

Ebenso bekannt wurde er durch sein pazifistisches journalistisches Wirken. So provozierte er 1932 die Öffentlichkeit, als er den Dichter Arno Holz als Kandidaten gegen

Generalfeldmarschall von Hindenburg für das Amt des Reichspräsidenten vorschlug, was ihm weite Zustimmung im Kreise des geistigen Lebens in Deutschland einbrachte und ihn in die Reihe der „großen deutschen damaligen Linken“ stellte. Ein Zeitgenosse nannte ihn liebevoll „das Schandmaul der Weimarer Zeit“. Künstlerinnen und Künstler wie Tilla Durieux, Else Lasker-Schüler und Karl Schmidt-Rottluff unterstützen ihn.

1933 wurde er verhaftet und grausam gefoltert, nicht zuletzt wegen seiner Mitgliedschaft in der Gruppe Revolutionäre Pazifisten und auch wegen seiner Zugehörig-

keit zum jüdischen Glauben. Er kam ins KZ, wurde 1934 jedoch freigelassen, flüchtete aus Berlin über Prag nach London und kam erst zehn Jahre nach Kriegsende nach Deutschland zurück, lebte fortan in Hamburg, wo er vor 50 Jahren 1972 starb.

In seiner Autobiografie von 1969 „Leben gegen die Zeit“ schilderte Kurt Hiller sein bewegtes Leben. Im Jahr 2000 wurde auf Initiative der schwulen Jungsozialisten in der SPD Schöneberg ein Platz in der Nähe des U-Bahnhofs Kleistpark nach ihm benannt.

Eva Liebchen

IMPRESSUM

Berliner Stimme

Zeitung der Berliner Sozialdemokratie

LANDESSEITEN
(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Sven Heinemann (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel. 030-4692222
https://spd.berlin

Redaktion: Sebastian Thomas (SET) – Leitung,
Claudia Kintscher (CK), Ulrich Horb, Jonas Gebauer
Kreuzworträtsel: Ulrich Schulte-Döinghaus

TSaktuell – Bezirksseiten Tempelhof-Schöneberg
(Seiten 1 rechts/unten, 2, 7, 8)

Herausgeber:
SPD Tempelhof-Schöneberg
Kreisvorsitzende Wiebke Neumann
und Lars Rauchfuß (V.i.S.d.P.)
Crellestraße 48, 10827 Berlin

Redaktion:
Wiebke Neumann und Lars Rauchfuß (Leitung),
Manuela Harling, Ulrich Horb, Jana Kellermann,
Francis Laugstien, Eva Liechen, Corinna Volkmann

Kontakt: Kreis.Tempelhof-Schoeneberg@spd.de

www.spd-tempelhof-schoeneberg.de

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Tempelhof-Schöneberg

Kevin Kühnert: Die SPD setzt auf eine neue Wohngemeinnützigkeit

In vielen deutschen Städten explodieren die Mieten. Besonders betroffen sind Großstädte wie Berlin – auch Tempelhof-Schöneberg. Bezahlbarer Wohnraum wird hier immer knapper, wir alle kennen das Problem.

Wenn man sich die Frage stellt, was wir dem entgegenzusetzen können, lohnt ein Blick in unser Grundgesetz. Dort heißt es in Artikel 14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Unsere Verfassung schafft damit das Fundament für einen Wohnungsmarkt, bei dem das Gemeinwohl im Mittelpunkt steht. Die SPD teilt diesen Ansatz. Deshalb setzen

wir uns im Bundestag mit konkreten Vorschlägen für einen sozialeren Wohnungsmarkt ein. Wir wollen Wohnraum fördern und schaffen, der nicht der Gewinnmaximierung, sondern einem guten nachbarschaftlichen Miteinander dient.

Unser Konzept dafür ist die neue Wohngemeinnützigkeit. Diese wird ermöglichen, dass Bauherren auf der Grundlage sozialer Regeln neuen Wohnraum schaffen oder existierenden Wohnraum erschwinglich anbieten, sodass dieser für breite Schichten der Bevölkerung gut bezahlbar ist. Eine Voraussetzung für die Gemeinnützigkeit könnte sein, dass die zur



Kevin Kühnert

Foto: Maximilian König

Verfügung gestellten Wohnungen dauerhaft mindestens zehn Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete vermietet und insbesondere denen zur Verfügung gestellt werden, die es auf dem Markt besonders schwer haben: Familien, Alleinerziehende, Studierende, Rentnerinnen und Rentner.

Vermieter, die sich der Gemeinnützigkeit rechtsverbindlich verschreiben, haben natürlich auch etwas davon. Etwa durch steuerliche Vorteile oder durch die bevorzugte Vergabe von Bauland. Das bietet Planungssicherheit, macht den Wechsel ins gemeinwohlorientierte Vermietertum at-

traktiv und verschiebt die Gewichte auf dem Mietmarkt von der Profit- zur Gemeinwohlorientierung – ohne Zwang, sondern schlicht mit bestechenden Argumenten.

Die Wohngemeinnützigkeit wird so dauerhaft dafür sorgen, dass sich Mieterinnen und Mieter in Tempelhof-Schöneberg und anderen Kiezen in Deutschland auf die Befriedigung des zentralen Bedürfnisses nach einem bezahlbaren Zuhause verlassen können.

Kevin Kühnert
SPD-Generalsekretär und
Bundestagsabgeordneter
für Tempelhof-Schöneberg

„Wir brauchen einen Energie-Fahrplan der SPD“

Seit Ende 2020 führen Franziska Giffey und Raed Saleh als Doppelspitze die Berliner Sozialdemokratie. Mit Erfolg: Am 26. September 2021 hat die SPD Berlin das Rote Rathaus verteidigt. Seitdem sind die Aufgaben für die Regierende Bürgermeisterin und den Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus nicht kleiner geworden. Mit der Berliner Stimme sprechen die Beiden über aktuelle Herausforderungen und Ziele.

Berliner Stimme: Die Folgen des russischen Angriffskriegs treffen auch viele Menschen in Berlin, die mit steigenden Preisen u. a. durch Inflation zu kämpfen haben. Was tut die Politik dagegen?

Franziska Giffey: Richtig. Viele Berlinerinnen und Berliner fragen sich derzeit, wie sie sich ihr Leben bei den steigenden Preisen in unserer Stadt noch leisten können und ob die Energieversorgung sicher ist. Hier sind wir als Politik in der Pflicht. Die Entlastungspakete des Bundes waren ein erster Schritt und ein guter Anfang. Klar ist aber auch: Es muss jetzt weitergehen. Dabei müssen auch insbesondere Studierende und Rentner stärker in den Fokus genommen werden. Wir müssen die Entlastungen, die der Bund gewährt, sinnvoll durch Landesmittel ergänzen.

Raed Saleh: Mit der Energiepauschale, dem Heizkostenzuschuss, der Erhöhung des Grundfreibetrags oder des 100-Euro-Bonus pro Kind

wurden bereits gute Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wichtig ist: Wir müssen soziale Härten vermeiden. Ich mache mir Sorgen, dass selbst Menschen, die wir zur Mittelschicht zählen, die zwischen 1.800 Euro Netto und als Familie 3.000 Euro Netto im Monat verdienen, durch die aktuellen Entwicklungen von Armut bedroht sein werden. Um das zu verhindern, brauchen wir weitere Entlastungen. Deshalb setze ich mich für die temporäre Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ein. Ich halte auch eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne, die unverschämte an der Krise profitieren, für richtig.

Franziska Giffey: Auch die Einführung des 9-Euro-Ticket zählt zu den Entlastungen – gerade in Berlin hat das gezeigt, dass sich mehr Menschen den ÖPNV leisten können und die Bahn nutzen. Auch hier gilt es nun, eine Lösung für den Anschluss zu finden. Dafür braucht es auch ein klares Signal des Bundes. Wir wollen ein bezahlbares Ticket für alle Berlinerinnen und Berliner. Die SPD schlägt schon seit längerem das 365-Euro-Ticket pro Jahr vor.

Berliner Stimme: Bei der Bezahlbarkeit steht auch immer wieder das Wohnen im Fokus: Was macht Berlin, damit die Mieten bezahlbar für alle bleiben?

Franziska Giffey: Bezahlbares Wohnen und der Neubau von



Packen gemeinsam an für Berlin – Raed Saleh und Franziska Giffey Foto: Jonas Holthaus

Wohnungen stehen bei uns ganz oben auf der Agenda im Senat. Deshalb haben wir auch direkt zu Beginn der Amtszeit das Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen in Berlin auf den Weg gebracht. Zu unseren Schlüsseln für mehr bezahlbaren Wohnraum zählen neben dem Neubau von 100.000 neuen Wohnungen in den nächsten fünf Jahren auch eine gerechtere Neuvermietung, bei der 30 Prozent des Angebots an geringere Einkommen gehen soll. Außerdem soll es Härtefallregelungen geben, damit die Mieten

auf nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens erhöht werden.

Berliner Stimme: Neben den Aufgaben im Roten Rathaus als Regierende Bürgermeisterin und als Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus gibt es noch die große Aufgabe, die Berliner SPD als Landesvorsitzende zu führen.

Franziska Giffey: Das ist für uns eine große Ehre! Die Partei hat uns 2020 das Vertrauen geschenkt, einen neuen Weg einzuschlagen, bei dem alle mitgegangen sind – mit Erfolg! Wir haben in Berlin das

Rote Rathaus verteidigt. Das ist auch der Verdienst der ganzen Partei und mit unserer Politik begeistern wir auch neue Menschen: Mehr als 2.000 Neumitglieder sind seit 2020 hinzugekommen. Jetzt geht es darum, für den nächsten Parteitag im November in einem breiten Beteiligungsprozess einen Leittrag zum Umgang mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise zu erarbeiten. Wir brauchen einen Energie-Fahrplan der SPD für die Energieversorgungssicherheit, die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und Energieeinsparungen, die nötig sind.

Raed Saleh: Und nun geht es weiter: Wir arbeiten für eine soziale Politik und insbesondere für die Menschen, die sich Sorgen um ihre Zukunft aufgrund der Kostensteigerungen machen. Ich will, dass die Berlinerinnen und Berliner sich ihre Stadt weiter leisten können. Deshalb liegt hier in der Zukunft auch der Fokus unserer Arbeit.

Fragen: Jonas Gebauer

Das ausführliche Interview lesen Sie hier:



spd.berlin/magazin/berliner-stimme/giffey-saleh-herausforderungen/

BEZAHLBARES WOHNEN

Ein Fürsorgeauftrag auf Landes-, Bundes- und Europaebene

Berlin soll eine Stadt bleiben, die Platz für alle bietet. Die SPD Berlin sorgt deshalb mit dem Neubau und der Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Bestand, mit dem konsequenten Schutz von Mieterinnen und Mietern sowie mit einer aktiven, sozialen und vorausschauenden Bodenpolitik dafür, dass es auch zukünftig ausreichend bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen Berlins gibt. Wir bauen heute das sozial gerechte Berlin von morgen, das auch kommende Generationen im Blick hat. Das ist unser Fürsorgeauftrag für Berlin.

DER BUND IST MIT IN DER VERANTWORTUNG

Zusätzlich zu allen Maßnahmen, die Berlin als Land realisieren kann, muss aber auch der Bund zu Lösungen für einen beschleunigten Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen beitragen. Neben dem Neubau ist das Vorkaufsrecht ein wesentlicher Baustein, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat jedoch der bisherigen Praxis weitgehend die Grundlage entzogen. Deshalb hat Berlin gemeinsam mit Hamburg erfolgreich eine Bundesratsinitiative eingebracht. Mit ihr wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, mit dem eine rechtssichere und wirksame Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts wieder gewährleistet ist.



Neubau, bezahlbarer Wohnraum im Bestand, Schutz von Mieterinnen: Die Berliner SPD will, dass Berlin eine Stadt bleibt, die Platz für alle bietet – auch für kommende Generationen.

Illustration: SPD Berlin

AUCH DIE EU BEKÄMPFT DIE WOHNUNGSNOT

Auf dem SPD-Landesparteitag im Juni hat Bundesbauministerin Klara Geywitz Berlin dafür bereits weitere Unterstützung zugesichert: „Ich weiß nicht nur, wie wichtig das kommunale Vorkaufsrecht ist. Ich werde mich auch mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass diese Regierung das kommunale Vorkaufsrecht wieder etabliert.“

400.000 neue Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau, sind das Ziel der Bundesregierung für Deutschland. „Ich möchte, dass wir es schaffen, in Deutschland gutes, bezahlbares und klimagerechtes Wohnen in einem lebenswerten Umfeld sicherzustellen. Ich möchte zudem, dass wir ausreichend Wohnungen bereitstellen. Wohnungen, die den demografischen wie digitalen Erfordernissen entsprechen. Aber auch Wohnungen, die den ökologischen Standards gerecht werden“, so Geywitz.

Auch viele Staaten der Europäischen Union stehen vor den gleichen Herausforderungen rund um das Thema Wohnungsnot. Deshalb stünden der soziale Wohnungsbau und die Bekämpfung von Obdachlosigkeit auch auf der sozialpolitischen Agenda der EU, erklärt die Berliner SPD-Europaabgeordnete Gaby Bischoff im Interview mit der Berliner Stimme (S. 5).

Claudia Kintscher

DOPPELHAUSHALT

Berlin spart sich nicht aus der Krise

Der Haushalt von Berlin wächst: 2022 auf ein Volumen von zirka 37,4 Milliarden Euro. Im darauffolgenden Jahr beträgt die Summe 37,8 Milliarden Euro. Das zeigt: Die SPD-geführte Koalition spart Berlin nicht aus der Krise, sondern investiert in die Zukunft der Stadt und setzt wichtige sozialdemokratische Projekte um.

Angelehnt an die „5 Bs für Berlin“ sind einige Highlights im Folgenden einmal aufgelistet. **Bauen:** Die Berliner Landesregierung möchte den Wohnungsbau schnell vorantreiben – erklärtes Ziel: 20.000 Wohnungen pro Jahr. Dafür soll der Wohnungsbau in den neuen Stadtquartieren intensiviert und beschleunigt werden. Im Moment sind 17 solcher Quartiere mit Wohnungen für rund 100.000 Menschen in Planung und Entwicklung (S. 4). Der Haushaltsentwurf sieht den Bau von 5.000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr vor. Dafür stellt das Land jährlich 746 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Planungen für die Verlängerungen von U-Bahnlinien, vor allem für die U3 zum Mexikoplatz und für die U7 nach Heerstraße Nord und zum BER, werden nach dem neuen Haushaltsgesetz in den kommenden Jahren mit mindestens rund 30 Millionen Euro vorangetrieben. **Bildung:** 2022 werden 410 neue Stellen für Lehrkräfte und rund 557 für weiteres pädagogisches Personal geschaffen. 2023 sind es weitere 364 neue Stellen für Lehrer:innen und 245

Stellen für weiteres pädagogisches Personal. Um den Bedarf an mehr Personal sicherzustellen, wird der Senat die Verbeamtung der Lehrkräfte wieder einführen. **Beste Wirtschaft:** Frauen werden künftig bei der Gründung von Start-ups mit weiteren fünf Millionen Euro unterstützt. Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof (WISTA) wird mit weiteren fünf Millionen Euro gestärkt. **Berlin in Sicherheit:** Die „Kotti-Wache“ kommt – dafür werden 3,5 Millionen Euro investiert. Die Polizei wird mit insgesamt 626 zusätzlichen Stellen gestärkt, die Feuerwehr erhält 103 zusätzliche Stellen. Damit soll die Einsatzbereitschaft erhöht und verbessert werden. **Bürgernahe Verwaltung:** 10 Prozent mehr als in den Jahren davor – über 540 Millionen Euro – sieht der Haushaltsplan für die Digitalisierung der Verwaltung vor. Darüber hinaus werden die Verwaltung und der öffentliche Dienst weiter gestärkt: 4.500 neue Stellen werden 2022 und 2023, unter anderem in den Bereichen der inneren Sicherheit, geschaffen.

Sebastian Thomas

Was noch vereinbart wurde:



spd.berlin/magazin/berliner-stimme/doppelhaushalt-2022-2023/

Hier entstehen die 17 neuen Berliner Stadtquartiere

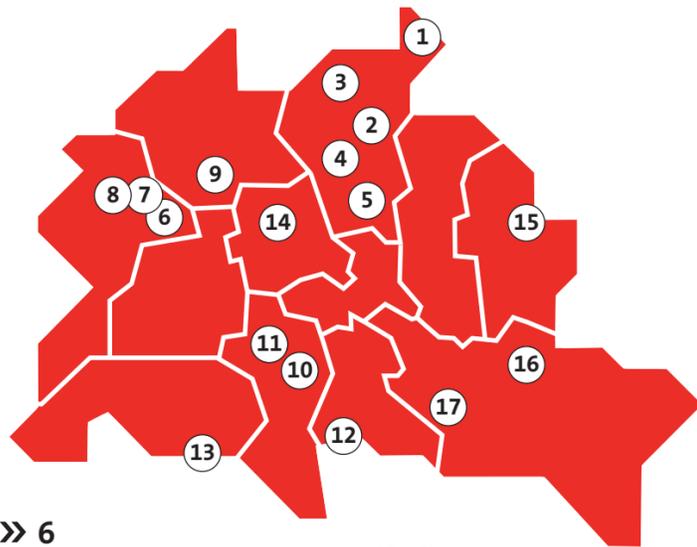
» 1
BUCH – AM SANDHAUS
Pankow
ca. 3.000 Wohneinheiten
Das 57 Hektar große Gebiet soll ein lebendiges, städtebaulich und sozial durchmischtes Quartier werden.

» 2
ELISABETH-AUE
Pankow
ca. 5.000 Wohneinheiten
Auf den rund 74 Hektar soll eine landeseigene Entwicklungsgesellschaft neuen Wohnraum schaffen.

» 3
BLANKENBURGER SÜDEN
Pankow
ca. 5.000 Wohneinheiten
Der Blankenburger Süden soll schnell und umweltfreundlich durch eine Verlängerung der Straßenbahn M2 angebunden werden.

» 4
EHEM. RANGIERBAHNHOF
Pankow
ca. 5.000 Wohneinheiten
Hier sollen Einzelhandel, Schulen, Kindertagesstätten sowie Spielplätze und Parkanlagen entstehen.

» 5
MICHELANGELOSTRAßE
Pankow
ca. 1.200 Wohneinheiten
Nach einem Teilnahmeverfahren dauert bis heute ein Dialogprozess an. Hier soll ein ökologisch-soziales Modellquartier entstehen.



» 6
SIEMENSSTADT²
Spandau
ca. 2.750 Wohneinheiten
Dieses Stadtquartier ist ein wesentlicher Baustein der städtebaulichen Entwicklung im Westteil von Berlin. Bis 2035 soll auf dem 76 Hektar großen Areal in der traditionsreichen Siemensstadt ein gemischt genutzter Stadtteil entstehen.

» 7
DAS NEUE GARTENFELD
Spandau
ca. 4.000 Wohneinheiten
Das im Westen Berlins im Bezirk Spandau liegende Areal ist 59 Hektar groß und bisher eine Industriebrache. Das Gebiet ist vom Berlin-Spandauer als auch Alten Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal umgeben.

» 8
WASSERSTADT OBERHAVEL
Spandau
ca. 8.300 Wohneinheiten
Eines der größten neuen Stadtquartiere. Es erstreckt sich auf beiden Seiten der Havel. Neben Wohnungen sind Schulen, Kitas, Grün- und Gewerbeflächen geplant.

» 9
SCHUMACHER QUARTIER
Reinickendorf
ca. 5.000 Wohneinheiten
Leben in der „Stadt der Zukunft“: Nachdem der Flughafen Tegel geschlossen wurde, soll am Kurt-Schumacher-Platz ein neues Stadtquartier mit mehreren Schulen, Kitas, Sportanlagen, Einkaufsmöglichkeiten und vielen Grünflächen entstehen.

» 10
NEUE MITTE TEMPELHOF
Tempelhof-Schöneberg
ca. 500 Wohneinheiten
„Sozial- und generationsgemischt, grün und klimaneutral, gut vernetzt und zukunftsfähig“ – so stellen sich die Projektträger:innen die Neue Mitte Tempelhof vor.

» 11
SCHÖNEBERGER LINSE
Tempelhof-Schöneberg
ca. 1.900 Wohneinheiten
Das zwischen Südkreuz und S-Bahnhof Schöneberg gelegene Areal soll ein vielfältig genutztes Stadtquartier werden: Neben Wohnungen gibt es Platz für Büros, Dienstleistungen und soziale Infrastruktur.

» 12
BUCKOWER FELDER
Neukölln
ca. 900 Wohneinheiten
Vor dem Baubeginn wurde das 16 Hektar große Areal landwirtschaftlich genutzt. Hier sollen mindestens 30 Prozent der Wohnungen öffentlich gefördert sein und einen Mietpreis von 6,50 Euro/qm haben.

» 13
LICHTERFELDE SÜD
Steglitz-Zehlendorf
ca. 3.000 Wohneinheiten
Der ehemalige Truppenübungsplatz und die angrenzenden Gewerbegebiete in Lichterfelde-Süd sollen städtebaulich zu einem neuen Stadtquartier entwickelt werden.

» 14
EUROPACITY
Mitte
ca. 3.000 Wohneinheiten
Das Gebiet ist zentral gelegen und gut erreichbar durch Nah- und Fernverkehr. Die sich im Umfeld des Hamburger Bahnhofs etablierende Kunstlandschaft macht das neue Quartier nochmal attraktiver.

» 15
STADTGUT HELLERSDORF
Marzahn-Hellersdorf
ca. 1.500 Wohneinheiten
Das Gebiet liegt zentral in der Großsiedlung Hellersdorf. Die Freiraumqualitäten der Großsiedlung müssen erhalten bleiben und die notwendige Infrastruktur gebaut werden.

» 16
EHEMALIGER GÜTERBAHNHOF KÖPENICK
Treptow-Köpenick
ca. 1.800 Wohneinheiten
Umgeben von Wald-, Grün- und Parkflächen soll ein klimaneutraler Wohn- und Gewerbestandort mit Schulen sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen entstehen.

» 17
JOHANNISTHAL/ADLERSHOF
Treptow-Köpenick
ca. 2.500 Wohneinheiten
Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort soll ein integrierter urbaner Stadtteil werden. Ein Quartier mit Eigenheimen ist bereits realisiert, ein weiteres urbanes Quartier entsteht.

Eine weitreichende Zusammenarbeit führt zum Erfolg

Ergebnisse der Kooperationsvereinbarung „Leistungsbare Mieten, Wohnungsneubau, soziale Wohnraumversorgung“ vorgelegt

SPD-Bausenator Andreas Geisel hat den aktuellen Jahresbericht zur Kooperationsvereinbarung zwischen den landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU), dem Berliner Senat und der Wohnraumversorgung Berlin vorgelegt.

Die sechs LWU halten ein Fünftel des Berliner Mietwohnungsbestands. Diese Wohnungen spielen eine herausragende Rolle bei der Wohnraumversorgung – insbesondere für Haushalte mit niedrigen Einkommen.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick: Die Bestandsmiete der sechs Unternehmen in laufenden Verträgen bleibt im Vergleich zum Vorjahr unverändert und betrug zum Jahresende 2021 durch-

schnittlich 6,29 Euro pro Quadratmeter. Die durchschnittliche Neuvertragsmiete lag bei 7,25 Euro pro Quadratmeter. Damit liegt sie knapp ein Drittel unterhalb der auf dem Markt üblichen Angebotsmieten von 10,55 Euro pro Quadratmeter.

Im Berichtsjahr ist die Zahl der zur Wiedermietung auf den Markt gekommenen Bestandswohnungen der sechs LWU – ohne Neubauwohnungen ab 2012 – um rund sieben Prozent auf 15.385 gestiegen. 62,5 Prozent dieser Wohnungen wurden an Haushalte vergeben, die einen Wohnberechtigungsschein besitzen. Das im Wohnraumversorgungsgesetz Berlin vorgegebene Ziel, wonach elf Prozent aller Wiedervermietungen an beson-



Bausenator Andreas Geisel bei der Grundsteinlegung für 583 Wohnungen und eine Kita der Wohnungsbaugesellschaft degewo. Für ihn ist klar: Die landeseigenen Unternehmen spielen beim Wohnungsbau eine wichtige Rolle.

dere Bedarfsgruppen wie Obdachlose, Geflüchtete oder betreute Wohnformen erfolgen sollen, wurde mit einer Quote von 13,5 Prozent erfüllt. Die für alle besonderen Bedarfsgruppen, ergänzt um Transferleistungsberechtigte und Studierende, in der Kooperationsvereinbarung vorgesehene Vermietungsquote von 15 Prozent wurde mit 36,4 Prozent deutlich überschritten.

Mit über 3.300 Neubauwohnungen und knapp 3.100 angekauften Bestandswohnungen setzten die LWU im Jahr 2021 ihr Bestandswachstum fort. Bei knapp 40 Prozent der angekauften Bestandswohnungen handelt es sich um geförderte oder sonstige gebundene Wohnungen. BS

EHRENAMT

Er spendiert jungen Bäumen Wasser

Er fährt durch Berlin und gießt Bäume: Sebastian Herges. Der 43-Jährige ist Mitbegründer der Initiative „BerlinerBäumeWässerer“. „Gerade junge Bäume benötigen viel Wasser, da sie noch keine tiefen Wurzeln bilden konnten“, erklärt er. Auf die Idee, Bäume zu gießen, kam er während einer Müllsammelaktion im Akazienwald nahe der Hufeisensiedlung. Hier seien den Beteiligten die trockenen Bäume aufgefallen. Daraufhin startete er 2018 die Initiative, die sich an der Internetseite giessdenkiez.de orientiert.

2021 trat Sebastian Herges außerdem in die Berliner SPD ein. „Von Anfang an unterstützte die Neuköllner SPD meine Initiative“, sagt er. So halfen der SPD-Bundestagsabgeordnete Hakan Demir und SPD-Politikerin Nina Lerch aus dem Abgeordnetenhaus beim Gießen. „Die jungen Bäume benötigen weiterhin dringend Wasser“, appelliert Sebastian Herges. Deshalb mache er weiter. SET

SPD-Mitglied werden und ebenso Gutes tun, können Sie hier: <https://spd.berlin/mitglied-werden/>



Im Einsatz gegen trockene Bäume: Sebastian Herges

FÖRDERPROGRAMME

Hilfe beim Wohnungsbau

Der Berliner Wohnungsmarkt ist seit Jahren angespannt. Zudem zeichnet sich immer deutlicher ab: Die Klimakrise wirkt sich auf den Wohnungsmarkt aus.

Neben erhöhten Anforderungen an den Wohnungsneubau kommt im Bestand eine ungleich größere Herausforderung auf Berlin zu, da dieser in den kommenden Jahrzehnten faktisch komplett klimafreundlich werden muss. Der Gebäudebereich ist noch für 44 Prozent der CO₂-Emissionen in Berlin verantwortlich. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2050 rund

80 Prozent des Gebäudebestandes energetisch saniert werden.

Um den Wohnungsneubau, die energetische Gebäudesanierung und die altersgerechte Modernisierung und Sanierung voranzubringen, hat die Investitionsbank Berlin (IBB) verschiedene Förderprogramme im Angebot. BS

Mehr Informationen zu den Förderprogrammen der IBB finden Sie hier: <https://www.ibb.de/de/immobilienfoerderung/foerderprogramme-a-z/foerderprogramme-a-z.html>

„Nicht mehr nur an Profiten orientieren“

SPD-Europapolitikerin Gaby Bischoff über Maßnahmen der EU gegen Wohnungsnot

Interview: Sebastian Thomas

Wohnraumangel und die in Folge stark gestiegenen Angebotsmieten prägen seit langem die öffentliche Debatte. Dazu kommt die sinkende Fluktuation in den Ballungszentren, das heißt, Mieterinnen und Mieter wechseln immer seltener ihre Wohnungen. Dabei ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Städten kein rein deutsches Problem. Dazu weiß SPD-Europaabgeordnete Gaby Bischoff mehr.

Berliner Stimme: Wie kann die EU überhaupt auf ihre Mitgliedstaaten einwirken, um Wohnungsnot zu bekämpfen?

Gaby Bischoff: Die EU hat keine spezifische Zuständigkeit im Bereich Wohnen. Die nationalen Regierungen entwickeln ihre eigene Wohnungspolitik. Trotzdem stehen viele EU-Staaten vor den gleichen Herausforderungen rund um das Thema Wohnungsnot. Deshalb stehen der soziale Wohnungsbau und die Bekämpfung von Obdachlosigkeit auf der sozialpolitischen Agenda der EU. Die EU kann also nicht selbst tätig werden, aber



Wohnen ist ein Menschenrecht: Das sollte in jedem EU-Staat anerkannt werden, findet die Berliner SPD-Europaabgeordnete Gaby Bischoff. Mehr noch: Der Wohnungsmarkt sollte sich nicht mehr nur an Investor:innen orientieren. Foto: Flinn Grosse

unterstützt nationale Vorhaben im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und fördert die Energieeffizienz von Wohngebäuden.

Welche Ursachen hat die Wohnungsnot in der EU?

Eine Ursache für die Wohnungsnot in der EU ist, dass in fast allen Staaten Wohnungen in finanzielle Vermögenswerte umgewandelt wurden. Viele Menschen investieren in Zweitwohnungen, um zum Beispiel für die Rente vorzusorgen.

Ausländische Investitionen haben die lokalen Immobilienpreise in die Höhe schießen lassen und Plattformen wie Airbnb verringern das Angebot an Wohnraum – besonders in Stadtzentren.

Welche Maßnahmen ergreift die EU, um Wohnungsnot zu bekämpfen?

Die EU leistet vor allem finanzielle Hilfe im Kampf gegen die Wohnungsnot. Zwischen 2012 und 2019 hat die Europäische Investitionsbank rund 150 Milliarden Euro

in Form von Darlehen für sozialen und erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung gestellt. Damit wurde der Bau von Sozialwohnungen, Studentenwohnungen und Pflegeheimen unterstützt.

Auch über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds werden sozialer Wohnungsbau und die Förderung der Energieeffizienz kofinanziert. Das bedeutet, dass die Mitgliedstaaten EU-Gelder erhalten, aber einen Eigenanteil

beisteuern müssen. Die Förderung der Energieeffizienz dürfen wir nicht unterschätzen. Viele Mieter:innen machen sich angesichts der steigenden Energiepreise große Sorgen vor dem kommenden Winter. Wer im Berliner Altbau wohnt, weiß, wie schwer und teuer es ist, die Wohnung warm zu halten. Über den Europäischen Sozialfonds (ESF) können EU-Staaten Dienstleistungen für wohnungslose und von Ausgrenzung bedrohte Menschen finanzieren.

2021 nahmen die EU-Abgeordneten eine Entschließung an, in der sie die Mitgliedstaaten auffordern, angemessenen Wohnraum als grundlegendes Menschenrecht anzuerkennen, das durch Rechtsvorschriften durchsetzbar ist.

Wohnen ist ein Menschenrecht – das muss in jedem EU-Staat anerkannt werden. Damit dieses Recht für alle Europäer:innen in greifbarer Nähe rückt, fordern wir in einer Entschließung des Europäischen Parlaments erhebliche Investitionen in erschwinglichen, sozialen und energieeffizienten Wohnraum. Gleichzeitig müssen spekulative Investitionen eingeschränkt und der Mieter:innenschutz gestärkt werden. Der Wohnungsmarkt darf sich nicht mehr rein an Investor:innen und Profiten orientieren, sondern muss im Sinne der Menschen reguliert werden, die in Häusern und Wohnungen wohnen wollen.

BUCHTIPP

Immer in Veränderung

Der Berliner Wedding hat viele Geschichten parat

Wiesenstraße, Rehberge, Müllerstraße, Koloniestraße: Einige Orts- und Straßennamen erinnern noch an die Frühzeit des Weddings. Wie sich aus der sandigen Heidelandschaft vor den Toren Berlins ein engbebautes Stadtquartier für Arbeiterfamilien entwickelte, wie Mauerbau und Sanierung den Bezirk veränderten, das beschreibt Bernd Schimmler, Vorsitzender des Weddinger Heimatvereins, in seinem faktenreichen Buch „Der Wedding – Vergangenheit und Veränderung“.

1251 wird der Wedding erstmals urkundlich erwähnt, als Spandauer Nonnen eine dortige Mühle für 21 Silbermark kaufen. Lange interessiert sich niemand für das karge Land, es dient als Weide für Tiere der Berliner Bürger, preußische Regenten jagen hier Fasane und Kaninchen. Anfang des 17. Jahrhunderts entsteht im Bereich der heutigen Pank- und Reinickendorfer Straße ein Vorwerksgehöft. Einen ersten Aufschwung erfährt der Wedding mit der Ansiedlung von Kolonisten an der Panke, darunter viele aus Frankreich ge-

flüchtete Hugenotten. Mit der Entdeckung und Vermarktung einer eisenhaltigen Quelle wird der Gesundbrunnen Ende des 18. Jahrhunderts zum Ausflugsziel für die Berlinerinnen und Berliner. 1861 werden Wedding und Gesundbrunnen nach Berlin eingemeindet. Bis zuletzt hatte sich Berlin gegen die Übernahme der „Armenkolonie“ gewehrt.

Die Industrialisierung verändert den Wedding vollständig. Für die Arbeiterfamilien entstehen enge Mietskasernen wie Meyers Hof mit sechs düsteren Hinterhöfen. Die Monatsmiete verschlingt einen Wochenlohn. Bernd Schimmler berichtet vom sozialen Elend und vom gleichzeitigen Aufstieg der Sozialdemokratie im Wedding. Der Reichstagswahlkreis VI ist der erste, in dem sie einen Abgeordneten stellt. Bis 1933 bleibt der Wedding „rot“, Sozialdemokraten sorgen in der Weimarer Zeit für eine Verbesserung der Wohnsituation, moderne Neubausiedlungen wie die Friedrich-Ebert-Siedlung entstehen.

Bernd Schimmler entwirft ein vielfältiges Bild vom Wedding, er beschreibt die Kirchengeschichte, zu der der Bau der alten Nazarethkirche nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel gehört, er erzählt von bemerkenswerten Industriebau-

ten wie der AEG, von der Anlage der Wedding Grünflächen und Volksparks, widmet der Kriminalgeschichte ein eigenes Kapitel und berichtet vom Aufbau in der Nachkriegszeit. Der Wedding hat viele Geschichten.

Uli Horb



Bernd Schimmler,
Der Wedding – Vergangenheit und Veränderung
Verlag Walter Frey, Berlin
2022, 250 Seiten
ISBN 978-3-946327-30-1
gebunden, 20,- €

BARRIEREFREIHEIT

Selbstbestimmt wohnen

Wir alle wollen so lange als möglich selbstbestimmt wohnen und leben. Familien mit (Klein-)Kindern, Menschen mit chronischen Schmerzen zum Beispiel in Hüfte oder Knie, Menschen mit Gehhilfen, Rollatoren oder Rollstühlen wie auch ältere Personen brauchen Wohnraum, der ohne besondere Hindernisse ist. Barrierefreiheit nützt also uns allen. Für Menschen mit Beeinträchtigungen ist Barrierefreiheit allerdings die absolute Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Barrierefreiheit ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der Vielfalt selbstverständlich ist. Ohne ein Mehr an Barrierefreiheit für alle wird Inklusion nicht gelingen. In der AG Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin sind Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen organisiert: Sie sensibilisieren für mehr Mitwirkung und Inklusion und schärfen das Bewusstsein für Barrieren gerade bei Menschen (noch) ohne Behinderungen. Die AG Selbst Aktiv kämpft für gesetzliche Verpflichtungen zur Umsetzung von Barrierefreiheit.

BARRIEREFREIES PLANEN UND BAUEN IST ZIEL DER SPD

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist bisher auf allen staatlichen Ebenen kein zentrales Element von Bau-, Wohnungs-, Quartiers- und Stadtentwicklungspolitik. Die Berliner Sozialdemokrat:innen wollen dies ändern. Schon jetzt fehlt es im Berliner Wohnungsbestand an

bezahlbaren und barrierefreien sowie uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen. Der Bedarf steigt bis 2025 auf mindestens 116.000 barrierefreie Wohnungen.

Um den Qualitätsstandard Barrierefreiheit umzusetzen, muss sichergestellt werden, dass in den jeweiligen Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene sachkundiges Personal für die fachgerechte Einhaltung von Vorschriften für barrierefreies Bauen vorhanden ist. Diese sachkundigen Mitarbeiter:innen sind bei der Planung und Umsetzung von Bauvorhaben zwingend zu beteiligen.

Im Wohnungsneubau streben wir 100 Prozent Barrierefreiheit an und versuchen zu regeln, dass die mit Fördergeldern – unter anderem der Pflegekassen – erzielte Barrierefreiheit nicht rückgebaut werden muss. Außerdem sind rechtliche Klärungen in Bezug auf Aufzüge in Milieuschutzgebieten wichtig. Ein regelhaftes Versagen des Einbaus von Aufzügen in einem Milieuschutzgebiet ist nicht länger vertretbar. Zuletzt verfolgen wir auch bei Erweiterungen beziehungsweise Umbauten in vielfältigen Berliner Bestandsgebäuden das Ziel des Abbaus von Barrieren. Es gilt eine Aufzugspflicht für jene Bestandsbauten, die mit der Aufstockung mehr als vier oberirdische Geschosse erreichen. Ausnahmen können nur nach sachkundiger Einzelfallprüfung durch das geschulte Personal erfolgen.

Mechthild Rawert
Vorsitzende AG Selbst Aktiv Berlin

Die SPD Berlin im Netz und in den sozialen Medien

spd.berlin facebook.com/spdberlin twitter.com/spdberlin instagram/spdberlin

Ein Ort der Weltgeschichte

Der Touristenmagnet Checkpoint Charlie veränderte sich im Laufe der Jahre rasant

Von Uli Horb

Es ist ein geschichtsträchtiger Ort. Mitten in der Stadt an der Friedrichstraße erinnert der ehemalige Grenzübergang Checkpoint Charlie an die Teilung Berlins und die Konfrontation von Ost und West. Mit dem Fall der Mauer standen Berlin plötzlich Grundstücke in prominenter Lage zur Verfügung.

Die Teilung Berlins zerschnitt auch die Friedrichstraße. An der Zimmerstraße entstand ein Grenzübergang für Angehörige der alliierten Streitkräfte und Diplomaten. Am 27. Oktober 1961 kommt es hier zur Eskalation: Als die DDR entgegen dem Viermächte-Status zivile Angehörige der West-Alliierten kontrollieren will, fahren am Checkpoint Charlie amerikanische Panzer auf. Ihnen gegenüber stehen 16 Stunden lang sowjetische Panzer. Ein drohender dritter Weltkrieg kann durch Verhandlungen abgewendet werden.

Für Berlin-Touristen gehört ein Besuch zum Pflichtprogramm. Für Mittes Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) geht es jetzt darum, den „Checkpoint Charlie als Bildungs-



Der Checkpoint Charlie 1987 und heute: Der ehemalige Grenzübergang teilte nicht nur die Friedrichstraße, sondern auch Ost- und West-Berlin. SPD-Baustadtrat Ephraim Gothe (Foto r.) möchte ihn als Bildungs- und Erinnerungsort erhalten.



Fotos: Paul Glaser (l.) - Melis Yeter (r.)

und Erinnerungsort zu erhalten und auch für die Berliner:innen zu öffnen. Damit er ein Ort für alle wird.“

Noch vor dem Mauerfall hatte die Internationale Bauausstellung auf westlicher Seite Fakten geschaffen. „Ziel war die Wiedergewinnung des charakteristischen Stadtgrundrisses der Friedrichstadt“, so Ephraim Gothe. Junge, später weltbekannte Architekten wie Peter Eisenman, Rem Kool-

haas oder Aldo Rossi entwarfen einzelne Häuser. „An den Mauerfall glaubte damals noch niemand, Zeugnis davon ist das Haus von Rem Koolhaas, das etwas zurückspringt, um das Wenden der amerikanischen Jeeps bequemer zu machen“, so Gothe. Nach dem Mauerfall schufen zwei Bauten von Paul Kleihues die Möglichkeit, so Gothe, „den verbleibenden Raum zu etwas ganz Besonderem zu machen“.

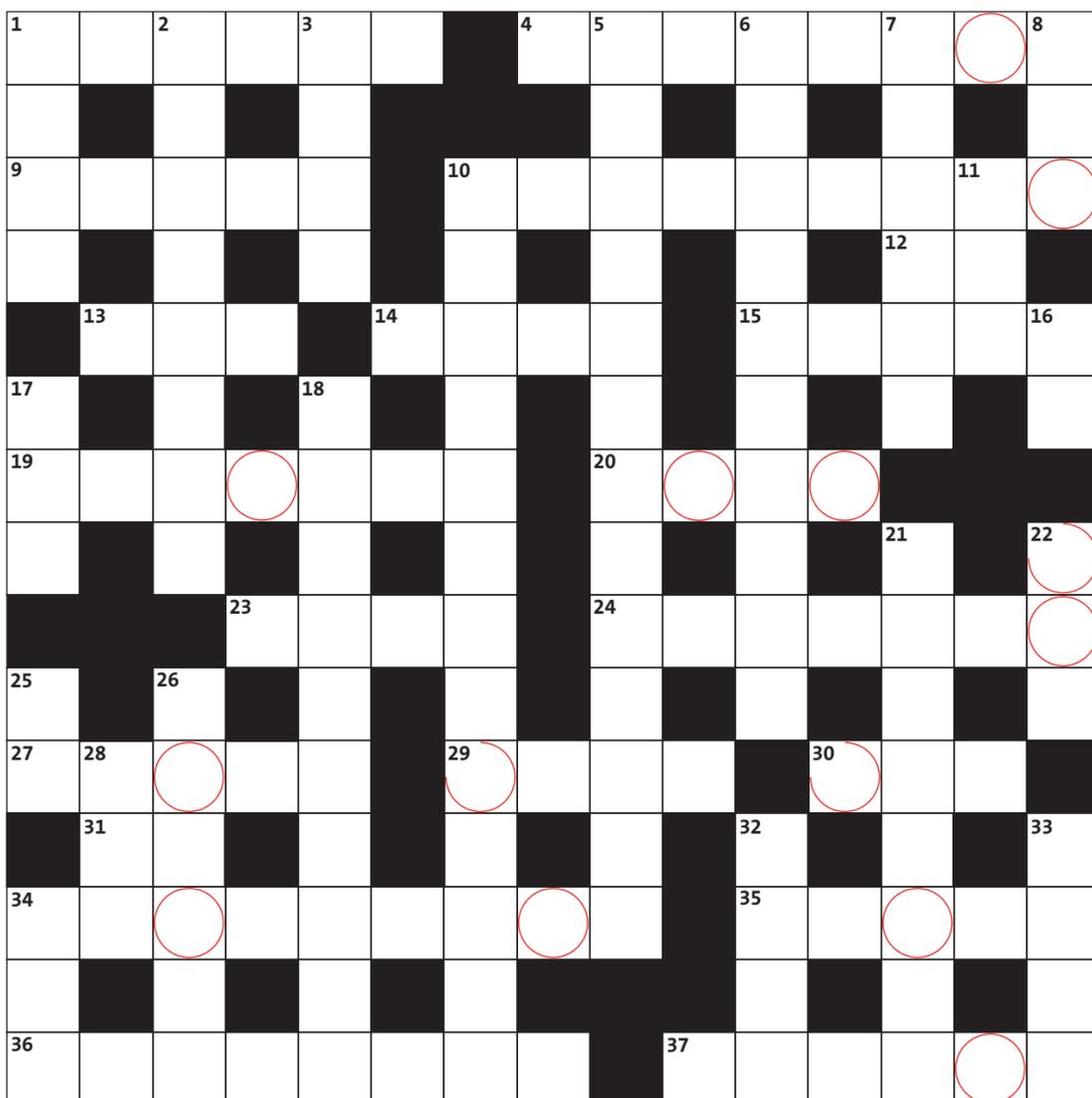
Die Grundstücke auf der östlichen Seite verkaufte der Senat nach dem Mauerfall an den Kosmetikerben Ronald Lauder, der mit seinem Plan eines American Business Centers amerikanische Unternehmen an den weltbekannten Ort locken wollte. Nur drei seiner geplanten fünf Gebäude wurden realisiert. Mehrere Investoren scheiterten in der Folge, etwa mit Plänen für ein Hardrock-Hotel.

Wie sich Mittes Baustadtrat Ephraim Gothe den zukünftigen Checkpoint Charlie vorstellt, lesen Sie hier:



spd.berlin/magazin/berliner-stimme/berlin-checkpoint-charlie/

Berliner Preis-Kreuzworträtsel



WAAGERECHT

- 1 Regierende
- 4 Höherer Beamter in Probezeit
- 9 langes, flaches Holzstück
- 10 ... macht angeblich auch Mist
- 12 akademischer Abschluss
- 13 damit werden die Haare schön
- 14 Feuerkröte mit Warnruf
- 15 Streitmacht
- 19 tief im Berliner Westen
- 20 Herkunftsort für Knäcke
- 23 verbotener Baustoff
- 24 Fenstervorhang im frz. Original
- 27 Bilderrätsel
- 29 Verbindung zwischen Knoten
- 30 legendäre Rockband
- 31 im ...
- 34 Wetterloch in Berlin-Hakenfelde
- 35 schmeckt mit und ohne Gin
- 36 steht selten stramm
- 37 mechanisches Rechenhilfsmittel

SENKRECHT

- 1 regiert angeblich die Welt
- 2 Etui
- 3 Wie heißt der Bürgermeister von Wesel – Im Kinderreim?
- 5 Experte im Abgaben-Dschungel
- 6 Platz für Installationen
- 7 Zweite Hälfte dieser Zeitung
- 8 Bestandteil der Takelage eines Segelschiffs
- 10 ohne Widersacher
- 11 Erstaufnahmeeinrichtung (Abk.)
- 16 Ukraine ist willkommen
- 17 Blutgerinnungshemmer
- 18 gehört zur Anschrift
- 21 Lehre von Bewegung und Verformung
- 22 Ende
- 25 männliches Fürwort
- 26 missbräuchlich (med.)
- 28 italienischer Mineralölkonzern
- 32 Stock aus Holz oder Metall
- 33 Krippenfigur mit Esel
- 34 Nebenfluss des Neckars

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine der wichtigen Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot.

Bitte schicken Sie das Lösungswort bis 15.9.2022 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stimme
Müllerstraße 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stimme@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs von Lucia Jay von Seldeneck „111 Bauwerke in Berlin, die man kennen muss“ mit Fotografien von Verena Eidel.



Jedes Haus, jede Brücke, jeder Bahnhof erzählt seine eigene Geschichte. Man muss nur genau hinhören. Dieses Buch taucht ein in die verschiedenen Epochen und Visionen dieser Stadt, in der nichts zusammenzupassen scheint – und doch alles einander bedingt, aufeinander reagiert, sich abgrenzt oder einreicht.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS VON LUCIA JAY VON SELDENECK „111 BAUWERKE IN BERLIN, DIE MAN KENNEN MUSS“ MIT FOTOGRAFIE VON VERENA EIDEL

Berlin wächst – Tempelhof-Schöneberg auch

Neue Wohnungen und Gewerberäume: Planen und die Folgen im Blick behalten

Von Angelika Schöttler
Stellv. Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Stadtentwicklung und Facility Management

Als Stadträtin für Stadtentwicklung sieht man viele Baustellen und spricht mit den Projektentwickler:innen, was demnächst entstehen soll. Für Tempelhof-Schöneberg sind das viele Wohnungen und Gewerbeeinheiten. Wohnen und Arbeiten soll nebeneinander in Tempelhof-Schöneberg möglich sein.

Ein bereits weit fortgeschrittenes Wohnungsbauprojekt ist die Friedenauer Höhe am Innsbrucker Platz in Friedenau. Hier entstehen insgesamt 1.373 Wohnungen, davon 245 mietpreisgebunden, aber auch 195 Eigentumswohnungen. Die ersten Gebäude sind bereits bezogen, bei anderen stehen noch die Kräne.

Ein ebenso großes Projekt ist zurzeit in der Planungsphase: die Marienhöfe. Das große Areal in Tempelhof an der Rößling- und Attilastraße soll möglichst bald bebaut werden. Es entstehen hier ca. 730 Wohnungen, 300 Plätze für Geflüchtete und ca. 90.000 m² Gewerbeflächen. Ein Stadtquartier



Wohnungsbauprojekt Friedenauer Höhe – aufgenommen am 16. Mai 2022

Foto: Privat/Angelika Schöttler

zum Wohnen und Arbeiten mit viel Grün zur Erholung und Durchwegung für Fußgänger:innen und Fahrradfahrende. Hier wird ganzheitlich gedacht und nachhaltig gebaut. Das Quartier wird weitgehend vom motorisierten Verkehr befreit und alles über eine große Tiefgarage erschlossen. Noch ist der Bebauungsplan im Bezirk in Arbeit. Der Bauantrag ist aber bereits gestellt und wird geprüft. Das Bauvorhaben ist dem Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt und die weitere Bearbeitung von der Bezirksverordnetenversammlung gebilligt worden. Die Geneh-

migungsverfahren gehen zügig voran, damit möglichst bald begonnen werden kann zu bauen.

Aber auch im Süden des Bezirks wird geplant und gebaut. Gerade wurde die Baugenehmigung für das Stadtquartier rund um die Alte Mälzerei in Lichtenrade erteilt: das Lichtenrader Revier. Hier entstehen 202 Wohnungen, davon 78 öffentlich gefördert und damit preisgebunden. Auch hier entstehen Stadtplätze, Nahversorgung und Grünanlagen. Die Alte Mälzerei hat mit der öffentlichen Bibliothek, Angeboten der Musikschule und Volkshochschule und einem

Kinder- und Jugendmuseum schon für eine gute Infrastruktur im Süden von Tempelhof-Schöneberg gesorgt. Denn nicht nur Wohnungen und Gewerbe müssen entstehen, sondern auch die Infrastruktur muss mitwachsen.

Für alle Wohnprojekte werden deshalb auch entsprechend ihrer Größe Spielplätze, Schulplätze und Kindertagesstättenplätze mitgeplant und mitgebaut. Auch daran beteiligen sich die Investoren des Wohnungsbaus. Für das Entstehen der Schulplätze ist der Bezirk, konkret meine Abteilung Facility Management, im Zusam-

menspiel mit dem Schulbereich zuständig, wobei wesentliche Finanzierungen auch vom Land Berlin kommen müssen. Denn über den Bedarf der Neubauprojekte hinaus steigt die Zahl der Schüler:innen an, so dass weit mehr Schulplätze entstehen müssen als es Neubauprojekte gibt. Auch dafür wird auf landeseigenen Grundstücken entsprechend geplant und gebaut.

Zwar noch etwas in die Zukunft geblickt, aber schon in Planung ist die Neue Mitte Tempelhof. Hier entstehen neben Neubauten für die vorhandene Infrastruktur wie Bibliothek, Schwimmbad und Polizei auch zusätzlicher Raum für die Bezirksverwaltung und zusätzlich 500 Wohnungen. Die vielen Baukörper werden in verschiedenen Bauphasen wachsen.

Das alles wird in den nächsten 10 Jahren realisiert. Denn Bauvorhaben sind keine Sprint- sondern Marathonlaufstrecken mit vielen Planungs- und Genehmigungsphasen, bevor die Bauphase beginnt. Bis zur Baugenehmigung müssen alle Planungen abgeschlossen sein, damit das Bauvorhaben gelingt, den Vorschriften entspricht und sich in seine Umgebung integrieren kann. Dazu zählen die Bauten genauso wie die entstehende Infrastruktur und auch das voraussichtliche Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen auf die vorhandene Natur und das Klima. Das haben wir im Blick.

Eine Arche am Stadtrand

Klimawandel, Wassermangel, Hitzewelle: Amphibien in Marienfelde akut gefährdet

Sommer im Landschaftspark Marienfelde. Wo sonst die heimischen Lurche zu ihren Konzerten ansetzen und Libellen durch die Luft schwirren, steht NaturRanger Björn Linder mitten im Wechselkröte-Teich – auf dem Trocken.

Die natürlichen, nacheiszeitlichen Pfuhe und ehemaligen Entwässerungsgräben im Berliner Südwesten führen seit Wochen kein Wasser mehr. Genau das sind jedoch die Fortpflanzungsräume für stark bedrohte und streng geschützte Arten wie Moorfrosch, Knoblauch- und Wechselkröte. In einem Laichgewässer ohne Wasser

sterben ganze Amphibiengenerationen vollständig aus.

Der Ranger wäre nicht der Ranger, wenn er dabei tatenlos zugesehen hätte. Er hat letzte Laichballen und Kaulquappen gesichert, kurz bevor der Teich vollständig ausgetrocknet ist. Lindner überwacht und füttert die Exemplare seitdem täglich gemäß ihrem Entwicklungsstadium und sichert so das Überleben der aufgenommenen Lurche – in Kunststoffboxen. Je älter die Tiere, desto größer die Boxen und desto umfangreicher die Bereitstellung des künstlichen (Über-) Lebensraums. Bis zur Geschlechtsreife dauert es drei Jahre. Der Ran-



NaturRanger Björn Linder im ausgetrockneten Wechselkröte-Teich im Landschaftspark Marienfelde

Foto: JK

ger plant deshalb, Teile der Population in kontrollierten Anlagen zu belassen, reproduktionsfähige Tiere in gesicherten Biotopen auszuwildern, die Bestände zu überwachen und in den nächsten Jahren erneut Exemplare abzusammeln, um die Fortpflanzung zu sichern. Der technische, personelle und finanzielle Aufwand für das „Arche-Projekt“ ist enorm, aber notwendig. Die Wechselkröte ist Lurch des Jahres 2022. Ohne sofortige Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel könnte dies ihr letztes Jahr sein. Mehr Infos unter www.spd-tempelhof-schoeneberg.de

Jana Kellermann

FAHRRAD-REPARATURSTATIONEN

Nicht auf dem Schlauch stehen

Das Fahrradfahren als echte Alternative im Alltag – dazu gehört auch die richtige Infrastruktur. Neben ausgebauten und sicheren Fahrradwegen müssen auch die Räder selbst fit und sicher sein.

Sei es spontanes Luftaufpumpen, Schlauch wechseln oder eine lockere Schraube nachziehen: Oft sind es nur wenige kleine Handgriffe, und das Rad fährt wieder sicher durch die Stadt. Doch nicht immer ist das richtige Werkzeug zur Hand, hat der Fahrradladen um die Ecke offen oder kurzfristig Kapazitäten. Für solche Fälle können Fahrrad-Reparaturstationen im öffentlichen Raum nützlich sein. Solche kleinen Stationen, an

denen Menschen selbst ihr Fahrrad wieder fit machen können, gibt es bereits in anderen Städten wie Braunschweig oder Flensburg. Auch in anderen Berliner Bezirken wie Neukölln oder Reinickendorf gibt es mittlerweile gute Beispiele für diese Hilfe zur Selbsthilfe.

Die SPD in Tempelhof-Schöneberg will diese Fahrrad-Reparaturstationen im Bezirk einrichten. Dort gibt es dann Luft für die Reifen, Werkzeug und eventuell Ersatzschläuche gegen Gebühr. Das ist ein guter Beitrag für mehr Bequemlichkeit und Sicherheit beim Radfahren.

Wiebke Neumann · Co-Kreisvorsitzende SPD Tempelhof-Schöneberg



Beispielbild einer Fahrrad-Reparaturstation in Flensburg.

Foto: Privat

KRISEN-MODUS

Wer ist systemrelevant?

Die letzten Jahre waren eine Aneinanderreihung von Krisen. Die Corona-Pandemie war eine Krise, die auch Berlin empfindlich getroffen hat. Eine Krise, die dazu geführt hat, dass der Großteil der Bevölkerung, wie auch Kultur und Wirtschaft, nachhaltig belastet wurden.

Die Klima- und Energiekrise wird eine Krise sein, die ganz besonders Industriestaaten ohne autarke Energieversorgung schwer treffen wird. Energiekosten, die um bis zu 300 Prozent steigen, sind hier kein unwahrscheinliches Szenario.

Es geht schon lange nicht mehr nur um die sogenannten „unteren

10 Prozent“, sondern um die Gefahr des Abrutschens der Mittelschicht. In Anbetracht der aktuellen Situation muss der Sozialstaat die Bevölkerung absichern: 50 Milliarden Euro Steuerüberschüsse im Bund dürfen nicht nur zur Rettung von „systemrelevanten“ Unternehmen genutzt werden. Denn ganz besonders systemrelevant ist die Mittelschicht mit einem Bevölkerungsanteil von 70 Prozent. Insbesondere im Krisen-Modus darf der Staat sich nicht nur auf die Bedarfe der Wirtschaft konzentrieren. Wir müssen „Systemrelevanz“ neu definieren.

Orkan Özdemir · Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Sanierungen im Volkspark Mariendorf

Zweite Bauphase zur Wiederherstellung des Gartendenkmals steht an

Von **Manuela Harling**

Bezirksverordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Facility Management der BVV Tempelhof-Schöneberg

Über 90 Jahre hat der 1931 eröffnete Volkspark Mariendorf auf dem Buckel. Der Zahn der Zeit hat an ihm genagt. Zerbröselnde Treppen und Mauern, defekte oder gleich ganz fehlende Bänke, Graffiti, Zerstörungen durch Vandalismus und Wildwuchs von Bäumen und Sträuchern fallen Besucher:innen des Volksparks sofort ins Auge, wenn sie von Alt-Mariendorf in den Park laufen.

Während der Blümelteich und die herumführenden Wege bereits für rund 2,5 Mio. Euro saniert werden konnten, soll nun eine zweite Bauphase folgen, die die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung bereits im Juni 2020 gefordert hatte. Der restliche Park wird saniert und das Gartendenkmal wieder in einen Zustand versetzt, der einem Denkmal gerecht wird und, wie es in der Verwaltungssprache heißt, „die Aufenthaltsqualität“ für die Bürger:innen erhöht.

So soll der aufgegebenen Spielplatz südlich des Stadions wieder



Eckernpfuhl im Volkspark Mariendorf

Foto: Privat/Manuela Harling

entstehen – und zwar als Mehr- generationen-Treffpunkt, der Spiel- und Sportangebote sowie Picknick- wiesen auf ungefähr 2.000 m² vereint. Auch sollen wieder Obstbäume angepflanzt werden, die es in früheren Zeiten des Parks gab.

Die Barrierefreiheit im Sumpfgarten wird erhöht durch die Sanierung des Wegenetzes. Der Rodelberg, der künstlich mit Müll und Abraum vom U-Bahnbau angelegt und nach dem Krieg mit Trümmern nochmals erhöht wurde, soll eine Aussichtsplattform erhalten. Die ursprünglichen Sichtachsen der Parkplanungen von 1925

werden wieder hergestellt. Angesichts des Klimawandels ist das Wassermanagement des Parks bei der Sanierung eine große Herausforderung. Das Ziel ist klar definiert: die Wasserstände und die Gewässergüte der Dillges Teiche und des Eckernpfuhls müssen langfristig verbessert und stabilisiert werden.

Doch damit nicht genug, denn für die Anpassung an den Klimawandel muss auch auf die Bepflanzung geachtet werden. So werden im Rosengarten insektenfreundliche Rosensorten gepflanzt werden.

Die Bauarbeiten in den verschiedenen Bereichen des Parks werden zu Nutzungseinschränkungen führen. Doch, wenn die Arbeiten 2025 abgeschlossen sind, wird der Park in neuem Glanz erstrahlen und den Mariendorfer:innen wieder für Erholung, Sport und Spiel zur Verfügung stehen – ganz so wie es sich Friedrich Küter gewünscht hatte. Der Sozialdemokrat Küter hatte als Stadtrat die bereits existierenden Pläne für den Park gegen viel Widerstand umgesetzt. Dafür wurde ihm in seinem Park am Eckernpfuhl 1951 ein Gedenkstein gesetzt.

„Betreutes Wohnen“ könnte verschwinden

Steigende Kosten für Wohnraum stellen freie Träger vor Probleme

Markus (Name von der Redaktion geändert) ist 17 und lebt in einer WG. Seine Eltern waren damit überfordert, ihn und seine drei Geschwister zu erziehen. Deshalb hat das Jugendamt die Familie unterstützt, die Kinder in stationären Einrichtungen eines sogenannten freien Trägers unterzubringen, wo sie rund um die Uhr betreut werden. Markus ist mittlerweile im betreuten Wohnen untergebracht und soll bald seine eigenen vier Wände beziehen.

Die zumeist gemeinnützigen Vereine oder Gesellschaften brauchen dafür geeignete Räume, um z. B. eine Wohngemeinschaft ein-

zurichten, die durch Sozialarbeiter permanent oder zeitweise betreut wird. Obwohl der Bedarf steigt, wird es immer schwieriger, Wohnungen zu finden. Sie werden knapper, die Mietpreise steigen, das spüren auch die freien Träger.

Erschwerend kommt hinzu: Die freien Träger müssen, da sie als Zwischenmieter auftreten, meist Gewerbemietverträge abschließen. Diese haben eine begrenzte Laufzeit und müssen nicht verlängert werden. Die Nachfrage bestimmt die Miethöhe. Die Rechte der freien Träger und der in der WG Wohnenden gegenüber dem Vermieter sind deutlich geringer. Durch eine

Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) im letzten Jahr können nun zwar auch freie Träger Wohnraumverträge für Dauernutzungen abschließen, dies gilt aber nur unter bestimmten Voraussetzungen und nur für zukünftige Verträge.

Nicht jede Miethöhe kann bezahlt werden, denn als Einnahme haben die freien Träger lediglich einen vom Senat einmal jährlich festgeschriebenen Tagessatz. Es droht daher, dass auch diese Wohnangebote an den Rand der Stadt verdrängt werden. Vorausgesetzt, es gibt auch weiterhin Eigentümer, die überhaupt an freie Träger

vermieten wollen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssen Senat und Bezirke in die Lage versetzt werden, selbst einzugreifen, z. B. durch eigene Anmietung oder durch den Neubau von Wohnraum, um ihn freien Trägern zur Verfügung zu stellen.

Beim Projekt „Campus der Generationen“ in der Kurmärkischen Straße ist das Bezirksamt gerade dabei, genau dies umzusetzen. Im Neubau einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft sollen u. a. einige Wohnungen für freie Träger zur Verfügung gestellt werden.

Oliver Schworck
Stadtrat für Jugend und Gesundheit

» FORSTSETZUNG VON SEITE 1

Die Berliner Bibliotheken stärken

Deutschlandweit gilt der Betrieb von Bibliotheken nicht als Pflichtaufgabe von Städten und Gemeinden. Die Berliner Bezirke entscheiden eigenständig, wie viele Standorte sie betreiben, wie sie diese ausstatten.

So sind die Bezirke sehr unterschiedlich aufgestellt. Einige setzen auf kleine, dezentrale Standorte, andere auf große, zentral gelegene Bibliotheken mit Arbeits- und Gruppenräumen, manchmal sogar mit Café. Allen Bezirken gemeinsam ist, dass die Standorte mit den Jahren weniger geworden sind, dass Medienetats und personelle Ausstattung zu knapp bemessen sind.



Mittelpunktbibliothek Schöneberg

Foto: Justin Sudbrak

Die SPD fordert daher ein Bibliotheksgesetz, das einheitliche Standards in allen Bezirken garantiert. Der Senat soll es auf den Weg bringen – möglichst in einem partizipativen Verfahren gemeinsam mit der Zentral- und Landesbibliothek, den Bezirksbibliotheken, dem Bibliotheksverband sowie den in Fördervereinen organisierten Nutzer:innen und den Bezirken.

Austausch, geistige Anregung und manchmal Unterstützung – all das findet man nirgends so gut wie in einer gut sortierten Bibliothek in der Nachbarschaft.

Melanie Kühnemann-Grunow
Bau-, kultur- und medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im AGH

SPD VOR ORT



DEUTSCHER BUNDESTAG

WAHLKREISBÜRO

Kevin Kühnert

Mitglied des Deutschen Bundestages

Goebenstraße 3
10783 Berlin-Schöneberg

Tel. (030) 92 25 18 26

kevin.kuehnert.wk@bundestag.de

Anfragen an Kevin Kühnert als SPD-Generalsekretär bitte an: Kevin.Kuehnert@spd.de

📧 kevin-kuehnert.berlin



ABGEORDNETENHAUS

WAHLKREISBÜROS

Lars Rauchfuß

Markgrafenstraße 16
12105 Berlin

Tel. (030) 707 817 14

post@lars-rauchfuss.de

Di., Mi., Fr. 14–19 Uhr

Do. 9–12 Uhr

Sprechstunde: Fr. 16 Uhr

📧 lars-rauchfuss.de

Orkan Özdemir

Schmiljanstraße 17
12161 Berlin

Tel. (030) 27695043

mail@orkan-oezdemir.de

Mo.+Di. 10:30–15 Uhr

Do. 14:30–18:30 Uhr

📧 orkan-oezdemir.de

Melanie Kühnemann-Grunow

John-Locke-Straße 19
12305 Berlin

Tel. (030) 470 50 270

buer@melanie-kuehnemann.de

Mo.–Mi. 10–15 Uhr

Do. 13–18 Uhr

Fr. 10–15 Uhr (jeden 2. Freitag)

📧 melanie-kuehnemann.de



BEZIRKSVERORDNETEN-VERSAMMLUNG

FRAKTIONSBÜRO

Rathaus Schöneberg

Tel. (030) 90277-6486

post@spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

Bürger:innensprechstunde
Mo. 14–16 Uhr, mit der Bitte um Anmeldung

📧 spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de



SPD
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

KREISBÜRO

Crellestraße 48
10827 Berlin

Tel. (030) 781 22 83

kreis.tempelhof-schoeneberg@spd.de

Mo. 10–13 Uhr

Mi. 11–14 Uhr

Do. 10–14 Uhr

📧 spd-tempelhof-schoeneberg.de